
Donnerstag, 1. September 2011 Vormittag

Vorsitz: Standespräsident Ueli Bleiker
Protokollführer: Patrick Barandun
Präsenz: anwesend 119 Mitglieder
entschuldigt: Dermont
Sitzungsbeginn: 8.15 Uhr

1. Auftrag Heiz betreffend Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik

Erstunterzeichner: Heiz
Regierungsvertreter: Cavigelli

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

Antrag Heiz
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 110 zu 0 Stimmen.

2. Auftrag Augustin betreffend Heimfallstrategie

Erstunterzeichner: Augustin
Regierungsvertreter: Cavigelli

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

Antrag Augustin
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 102 zu 0 Stimmen.

3. Fraktionsauftrag SP betreffend Schaffung eines Bündner Energiefonds aus dem Rechnungsabschluss 2010 des Kantons Graubünden (Erstunterzeichner Peyer)

Erstunterzeichner: Peyer
Regierungsvertreter: Cavigelli

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag abzulehnen.

II. Beschluss Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit 86 zu 13 Stimmen ab.

4. Anfrage Florin-Caluori betreffend Energiezukunft des Kantons Graubünden

Zweitunterzeichner: Kappeler
Regierungsvertreter: Cavigelli

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

5. Fraktionsanfrage SP betreffend Einführung eines "Bündner Energierappens" (Erstunterzeichnerin Baselgia-Brunner)

Erstunterzeichnerin: Baselgia-Brunner
Regierungsvertreter: Cavigelli

Antrag Baselgia-Brunner
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Erklärung Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

Schluss der Sitzung: 12.10 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

Anfrage Tenchio betreffend Modelle des Kantons Graubünden für den Fall der Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung (Ersatz der Ausfälle in Bezug auf Zweitwohnungen)

Auf Bundesebene sind Bestrebungen im Gange, die Eigenmietwertbesteuerung abzuschaffen.

Für den Fall, dass die Eigenmietwertbesteuerung abgeschafft werden würde:

- Mit welchen Ausfällen hätten Kanton und Gemeinden bezüglich der Zweitwohnungen zu rechnen?
- Welche Modelle bzw. Regelungen sieht die Regierung für den Kanton Graubünden für den Ersatz der entsprechenden Ausfälle bezüglich der Eigenmietwertbesteuerung von Zweitwohnungen vor, wenn übergeordnetes Recht (namentlich die Bundesverfassung und -gesetzgebung) ihr entsprechende Freiräume dazu liesse?

Chur, 1. September 2011

Tenchio, Nick, Albertin, Augustin, Berther (Disentis/Mustér), Berther (Camischolas), Bezzola (Zernez), Blumenthal, Bondolfi, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caduff, Caluori, Campell, Casanova-Maron, Casutt, Casutt-Derungs, Cavegn, Claus, Clavadetscher, Conrad, Davaz, Della Vedova, Dermont, Dosch, Engler, Florin-Caluori, Fontana, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Hartmann (Champfèr), Heiz, Holzinger-Loretz, Jenny, Joos, Kappeler, Kleis-Kümin, Koch (Igis), Kollegger (Malix), Krättli-Lori, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Märchy-Caduff, Marti, Meyer-Grass, Michael (Castasegna), Michel, Niggli (Samedan), Parolini, Parpan, Pfäffli, Righetti, Sax, Stiffler (Davos Platz), Stiffler (Chur), Tomaschett-Berther (Trun), Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Klosters Dorf), Waidacher, Wieland, Zanetti, Müller (Haldenstein), Patt, Rodigari, Schucan, Wolf

Anfrage Peyer betreffend Aktivitäten des Wirtschaftsforums Graubünden

Das Wirtschaftsforum Graubünden ist eine Stiftung und besteht seit 1996. Diese "Stiftung zur Förderung der Bündner Wirtschaft" ist eine halbprivate Institution, die vom Kanton Graubünden, den kantonalen Verbänden und verschiedenen Unternehmungen aus dem Kanton getragen wird.

Obwohl der Kanton Graubünden mit Regierungsrat Trachsel und mit dem Amtsleiter des AWT im Stiftungsrat vertreten ist, und obwohl der Kanton alljährlich aus Steuermitteln Beiträge an das Wirtschaftsforum leistet, ist im Stiftungsrat ausschliesslich die Arbeitgeberseite vertreten. Im Patronatskomitee figurieren die Namen von zwei Gewerkschaftsmitgliedern, die schon seit Jahren an keine Sitzung mehr eingeladen wurden. Das Patronatskomitee hat auch kaum eine Funktion.

Das Wirtschaftsforum versteht sich laut eigenen Angaben als Katalysator für die Auslösung notwendiger Anpassungsprozesse (z.B. Strukturanpassungen in der Bau- und Tourismuswirtschaft). Weil gerade das Auslösen von Prozessen schwierig ist und weil in dieser Phase in der Regel kaum genügend Mittel vorhanden sind, will das Wirtschaftsforum mit seiner Ausrichtung eine wichtige Lücke schliessen.

Obwohl das Wirtschaftsforum das selbsternannte Ziel hat, die Bevölkerung über wirtschaftliche Zusammenhänge und kommende Entwicklungen zu informieren und dafür zu sensibilisieren, vermögen seine Publikationen diesem Anspruch kaum gerecht zu werden. So hat der Bericht zum Zweitwohnungsbau kaum etwas gesagt über die massiven negativen Auswirkungen für die einheimische Bevölkerung. In den Berichten zum Thema Strom und Energie wird einseitig auf den (Aus-)Bau von Wasserkraftwerken gesetzt. Das Potenzial von Sonnenenergie wird nicht erkannt, die zukunfts-trächtige Clean-Tech-Industrie – gerade für Graubünden – scheint unbekannt. Neuestes Werk ist ein "Diskussionsvorschlag" zur Steuerpolitik in Graubünden. Der Bündner Finanzminister hat die Vorschläge schon innerhalb von 24 Stunden nach der Publikation mehr oder weniger deutlich als untauglich bezeichnet.

Die Unterzeichneten stellen der Regierung deshalb die folgenden Fragen:

1. Wer trägt die Verantwortung für die Studien- und Berichtstätigkeit des Wirtschaftsforums Graubünden, und wer entscheidet, zu welchen Themen Studien und Berichte verfasst werden?
2. Welche Rolle spielen dabei der zuständige Regierungsrat und der Amtsleiter des AWT?
3. Wie beurteilt die Regierung die Tatsache, dass das Wirtschaftsforum aus Kantonsmitteln alimentiert wird, ohne dass die Verantwortungsträger ein Abbild der Bündner Bevölkerung wären, und ohne dass ein zentraler Teil der Bündner Volkswirtschaft, nämlich die Arbeitnehmenden, darin vertreten sind?
4. Welche der folgenden Varianten oder Alternativvorschläge betrachtet die Regierung als zielführend, um dem Wirtschaftsforum mehr Legitimität zu geben:
 - a) Das Wirtschaftsforum wird ab 2012 nicht mehr mit kantonalen Finanzmitteln unterstützt. Im Stiftungsrat sind keine kantonalen Amtsträger mehr vertreten.
 - b) Um dem Wirtschaftsforum eine gesamtwirtschaftliche Legitimität zu geben, sollen 1/3 der Stiftungsratssitze von Arbeitnehmerorganisationen und Vertretern von Umweltverbänden besetzt sein.
 - c) Der Kanton alimentiert Arbeitnehmerorganisationen und Umweltverbände in der gleichen Höhe wie das Wirtschaftsforum, um Stellungnahmen/Studien auch aus ihrer Sicht erarbeiten zu lassen.

Chur, 1. September 2011

Peyer, Trepp, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Müller (Davos Platz), Noi-Togni, Pfenninger, Pult, Thöny, Monigatti

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Ueli Bleiker

Der Protokollführer: Patrick Barandun